Morgen- № 219. Ausgabe. den 11. Mai 1892.

Berlin, Mittwoch,

Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal.

Abonnements-Preis: vierteljährl. für Berlin 7 Mk. 50 Pf. ohne Botenlohn, für ganz Deutschland und Oesterreich 9 Mk.

Für Frankreich, Belgien, England, Schweiz, Amerika ꝛc. Kreuzband-Sendung 20 Mk. per Vierteljahr.

Abonnements werden angenommen: für Frankreich bei Aug. Ammel in Straßburg i. E., für England bei Aug. Siegle in London, 30 Lime Street E. C., Lewis & Co. in London, 19 Gresham Street E. C.

Berliner Börsen-Zeitung.

Abonnements werden angenommen bei allen Postanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Expedition.

Als Gratis-Beilagen erscheinen: Verdingungs-Anzeiger. Hôtels- und Bäder-Anzeiger. Vollständige Ziehungslisten der Preußischen Klassen-Lotterie. Allgemeine Verloosungs-Tabellen mit Restanten-Listen und viele andere wichtige tabellarisch-Uebersichten.

Insertions-Gebühr: die viergespaltene Zeile 40 Pf., Reclametheil 80 Pf., die ganze Seite 200 Mark.

Expedition der Berliner Börsen-Zeitung: Berlin W., Kronenstraße No. 37. — Annahme der Inserate: in der Expedition.

Des Bußtages wegen erscheint die nächste Nummer unserer Zeitung am Donnerstag, den 12. Mai cr., Nachmittags.

Die Expedition der „Berliner Börsen-Zeitung".

Hierbei als III. Beilage: Verdingungs-Anzeiger.

Täuschungen.

Parallelen zwischen dem alten und dem neuen Curs, die zu Gunsten des letzteren gezogen, sind gegenwärtig stark im Schwange. Es ist nicht erweislich und auch kaum zu glauben, daß Träger des herrschenden Systems diesen Publicationen nahestehen, im Gegentheile dürften gewisse Vertheidiger und Lobredner der Regierung die Bitte vergessen „Gott schütze mich vor meinen Freunden". Gemeinsam ist allen Anwälten des neuen Curses das Behaupten unerwiesener Thatsachen, das Aussprechen kühner und höchst mangelhaft substantiirter Urtheile, sowie eine erstaunliche Unbekanntschaft mit dem Zuge der öffentlichen Meinung in Deutschland. Bis vor einiger Zeit durften Personen, die ihre Kenntniß des öffentlichen Lebens nur aus Zeitungen schöpften, mit einem schwachen Schein von Berechtigung annehmen, Verkleinerungen oder gar Schmähungen des Fürsten Bismarck und seines Lebenswerkes fänden bei der Mehrheit der Deutschen Nation Anklang. Heute kann aber selbst dieser, immer falsch gewesene Maßstab der Beurtheilung nicht mehr angelegt werden, es hat sich in dieser Hinsicht ein Umschwung vollzogen und nur wer so thöricht ist, ultramontane und socialdemokratische Organe für die berufenen Wortführer der öffentlichen Meinung anzusehen, kann glauben, mit Lobgesängen auf das Jetzt und mehr oder weniger ungeschminkter Herabsetzung des Einst Widerhall zu erwecken.

Der auswärtigen Politik des Grafen Caprivi fehlt es, wie die Kundgebungen während der letzten Ministerkrisis dargethan haben, nicht an Vertrauen. Aber dieser erfreuliche und für die gedeihliche Führung des internationalen Geschäfts gewissermaßen nothwendige Zustand wird nicht gehoben, wenn man durch die nackte Behauptung, die Europäische Lage sei heute besser als seit geraumer Zeit, Vergleiche zwischen einer großen Epoche und einem kurzen Zeitraum herausfordert, der keine andere Leistung, allerdings auch keine andere Aufgabe aufzuweisen hat, als das Ueberkommene zu erhalten. Freilich wird in dem von uns bereits erwähnten „Berlin—Wien—Rom" betitelten Panegyrikus auf den neuen Curs gesagt, daß Deutschland im Dreibund erhöhte Sicherheiten gegen einen Französischen Angriff erlangt hat, mit dieser Angabe ist aber die Eröffnung verbunden, daß Deutschland erweiterte Verpflichtungen im Orient übernommen hat. Beglaubigt ist diese Enthüllung in keiner Weise, sollte sie zutreffen, so entstünde die Frage, ob für uns etwas wesentlich Werthvolles damit erreicht wäre. Denn die Aussicht, daß ein nicht mehr zu zügelnder Revanchedrang Frankreichs auf sich allein angewiesen wäre, ist in den letzten zwei Jahren zum mindesten nicht gestiegen. Bei einem Russisch-Französischen Angriff aber war der casus foederis schon nach dem Inhalt des älteren Dreibundsvertrages für Oesterreich-Ungarn und Italien gegeben.

Die Russisch-Französische Verbrüderung, welcher nach der Ansicht der erwähnten Schrift durch die wirthschaftliche Krisis in Rußland die Spitze abgebrochen ist, was doch hätte hervorgehoben werden sollen, erst innerhalb der letzten zwei Jahre in die Erscheinung getreten. Es ist niemals widerspruchslos hingenommen worden, daß die Lage vor den Kronstadter Tagen genau dieselbe gewesen, wie nachher. Dann fehlt in der Broschüre der Hinweis auf die Militairvorlage, die der neue Curs hinter sich hat und jene, die er nicht vermeiden kann. Wir sind himmelweit davon entfernt, an sorglich erwogene Forderungen für die Vertheidigung einen Vorwurf zu knüpfen oder gar etwa anzudeuten, daß die geplante Militairvorlage unter der Amtsführung des Fürsten Bismarck hätte vermieden werden können, wir wollen nur auf die gänzliche Aussichtslosigkeit des Versuches hinweisen, durch eine Gegenüberstellung der jetzigen und der früheren Politik Stimmung für die erstere zu machen. Zahlreiche Gegner des ersten Reichskanzlers hatten die Schuld an den wiederholten Mehrforderungen für das Heer der Person des Fürsten Bismarck und seiner vermeintlichen Ueberschätzung mechanischer Machtmittel beigemessen. Die Thatsache, daß auch sein Nachfolger sich genöthigt sieht, den Rüstungen der Nachbarstaaten Rechnung zu tragen, dient zur Berichtigung jenes Urtheils und trägt dazu bei, dem Fürsten die nachträgliche Anerkennung vieler zuzuwenden.

Obschon seine innere Politik in weit hervorragenderem Maße als die auswärtige die Quelle des Hasses gegen den entlassenen Fürsten gewesen ist, so erweisen sich doch auch hier alle Bestrebungen, den alten Curs zur dunklen Folie für den glänzenden neuen zu nehmen, als vergeblich. Die mehrfach erwähnte Broschüre billigt beispielsweise — ungefähr mit den Worten des Grafen Caprivi — die Vorlegung des Schulgesetzes und rechtfertigt gleichzeitig seine Zurückziehung. Beides allerdings wäre unter einem Bismarck nicht geschehen, aber eben diese allgemeine Ueberzeugung läßt solche Vergleiche für die Lobredner der Gegenwart sehr wenig empfehlenswerth erscheinen. Noch bedenklicher ist es, wenn geradezu lächerliche Kennzeichnungen Bismarcks und seiner Politik, die im Auslande zum Vorschein kommen, bei uns mit der Andeutung wiedergegeben werden, sie seien leitenden Deutschen Persönlichkeiten aus der Seele geschrieben, wenn nicht gar von ihnen inspirirt. Es ist schlechterdings undenkbar, daß ein Deutscher zustimme, wenn, wie es jüngst Seitens des Amerikaners Bigelow geschehen ist, die gesammte Thätigkeit des Fürsten Bismarck als ein Fiasco geschildert, seine „Unschädlichmachung" als eine rettende That gepriesen und schließlich gesagt wird: „Kurz, Alles, was Bismarck jemals that, war schlecht." Dänen und Franzosen hört man ein derart von blindem Haß eingegebenes Urtheil nicht aussprechen, doch könnten sie es fällen, ohne zu erröthen, von einem Deutschen aber behaupten, daß er solcher Verunglimpfung des providentiellen Zimmerers des Nationalstaates zugestimmt, hieße ihn tödtlich beleidigen. Im Deutschen Volke ist für diese Drachensaat kein Boden bereitet. Selbst wenn nur die allerletzte Zeit des Bismarckschen Regiments in Betracht gezogen würde, drängt sich auch dem durch langjährige Gegnerschaft befangenen Blicke die Wahrnehmung auf, daß die Darstellung des Amerikaners die Dinge geradezu auf den Kopf stellt. Herr Bigelow findet unter anderem, daß — wohlgemerkt unter Bismarck! — die Polnischen Intriguen täglich zunahmen und der Kampf mit Rom in schimpflicher Weise aufgegeben wurde. Nun, daß die Polen heute nicht mehr intriguiren, glaubt außerhalb der Regierungskreise niemand. Der Unterschied ist nur der, daß Fürst Bismarck ihren Intriguen und zwar mit geeigneten Mitteln entgegentrat, während der neue Curs den Polen die Minirarbeit erleichtert. Was ferner den angeblichen schimpflichen Rückzug im Culturkampfe angeht, so hat Fürst Bismarck aus jenem Kampfe das die wahre Gewissensfreiheit erst begründende Civilstandsgesetz für das ganze Reich davon getragen — ein Gesetz, das sich zahlreiche Bundesstaaten, vor allem Bayern, niemals aus eigener Kraft hätten zu erringen vermögen. Andererseits gehören die mindestens nicht erfreuliche Erledigung der Sperrgelder-Angelegenheit und die Preußische Schulvorlage mit ihrer Tendenz des ruere in servitium der nachbismarckischen Zeit an. Ob die laudatores temporis praesentis den eben erschienenen, seine Spitze gegen den Dreibund kehrenden ultramontanen Aufruf zu Gunsten der Wiederherstellung des Kirchenstaates zu den Erfolgen der inneren und den verheißungsvollen Momenten der auswärtigen Politik zählen, ist noch nicht ersichtlich. Jedenfalls dürfen sie die Excesse des Antisemitismus, wie sie jetzt alle Parteien in Besorgniß versetzen, ohne Bedenken auf das Gewinn-Conto der neuen Aera schreiben. Mag, wie Herr Stöcker behauptet, Fürst Bismarck der Berliner Bewegung in den Arm gefallen sein, oder nicht, ein Ahlwardt wäre unter seinem Regiment nicht dahingelangt, etwas die Deutsche Wehrfähigkeit Beeinträchtigendes zu unternehmen. Ebensowenig hätte vor der „Unschädlichmachung" des Fürsten eine Hofangelegenheit die öffentliche Meinung nicht so lange und tief erregen können, wie wir es erleben mußten. Die Beispiele von Vorgängen, die früher unmöglich gewesen, lassen sich ohne Mühe vermehren. Sie sind so zahlreich und vielsagend, daß sie Amerikaner und Deutsche von einem Versuche abhalten sollten, der Nation über Bismarck Sand in die Augen zu streuen. Das ist eitles Bemühen. Das Einzige, was man erzielen könnte, wäre die Vorstellung, daß in leitenden Kreisen die nationalen Errungenschaften der großen Wilhelminischen Zeit geringer geschätzt werden als von der Nation. Eine solche Vorstellung zu erzeugen, kann aber nur einem Feinde Deutschlands erstrebenswerth erscheinen. K.

Telegraphische Depeschen.

Vom Kyffhäuser, 10. Mai, Nachm. 3 Uhr. (C. T. C.) Soeben hat der feierliche Act der Grundsteinlegung zum Kaiser Wilhelm-Denkmal stattgefunden. Nachdem der Protector Fürst zu Schwarzburg-Rudolstadt bei seinem Erscheinen vom Generallieutenant z. D. von Renthe, Vorsitzendem des Denkmal-Ausschusses, empfangen worden war, begann die Feier mit dem Gesange „Friedrich Rothbart", der Festrede des Schriftführers Dr. Westphal und der Verlesung der Urkunde. Hierauf wurde unter den Klängen des Gesanges „Deutscher Schwur" die Urkunde in den Urkundenkasten und mit diesem in den Grundstein eingefügt und dieser unter den üblichen Hammerschlägen geschlossen, welche zuerst der Fürst zu Schwarzburg-Rudolstadt that, auf welchen die Ehrengäste, Ausschuß-Mitglieder, Deputationen, der Denkmals-Baumeister Bruno Schmitz, Bauführer und Werkmeister folgten. Der Fürst zu Schwarzburg-Rudolstadt gedachte in seiner Ansprache der nationalen Bedeutung des Denkmals und des Kaisers, dessen Andenken dasselbe gewidmet sei, und schloß mit einem Hoch auf Se. Majestät den Kaiser Wilhelm II., in welches die zahlreichen Anwesenden dreimal begeistert einstimmten. Nach der Weiherede des Oberpfarrers Hesse und dem Segen schloß der Choral „Lobe den Herren" die erhebende patriotische Feier. Der Festplatz bot ein herrliches farbenprächtiges Bild mit den vielen Fahnen, den mannichfaltigen Uniformen, dem festlichen Schmuck besonders am fürstlichen Pavillon, Alles inmitten des frischen Waldesgrün. Die bei den Terrainverhältnissen besonders schwierigen Anordnungen waren musterhaft, um dieselben hat sich der Vorsitzende des Festausschusses, Hofrath Dinckelberg, besonders verdient gemacht.

Frankfurt, 10. Mai. (Priv.-Dep. d. B. B.-Z.) Wegen Begünstigung der Flucht des Defraudanten Jaeger durch Ueberlassung eines Passes ist der Obertelegraphenassistent Müngersdorff verhaftet worden; Müngersdorff soll für den Paß sechzigtausend Mark erhalten haben; auch eine zweite hiesige Persönlichkeit, welche in die Sache verwickelt ist, wurde in Haft genommen.

München, 10. Mai. (C. T. C.) Kammer der Abgeordneten. Bei der Berathung von Petitionen, betreffend die Reform der Haus- und Grundsteuer, erklärte der Finanzminister von Riedel, eine Aenderung der Steuergesetzgebung ohne eine Aenderung des Systems sei unthunlich; ohne einen directen Impuls der Kammer werde die Regierung auf ihre frühere, vom Landtage abgelehnte Neuregulirung des gesammten Steuersystems einschließlich der Einkommensteuer nicht zurückkommen.

Pest, 10. Mai. (C. T. C.) Das Abgeordnetenhaus beschloß auf den Antrag des Ministerpräsidenten Grafen Szapary, daß die Beerdigung des Handelsministers Baroß auf der Staatskosten stattfinden solle. Das Haus wird sich an derselben in corpore betheiligen.

Pest, 10. Mai. (C. T. C.) Das Amtsblatt schreibt anläßlich des Ablebens des Handelsministers Baroß: „Ungarn verlor in Baroß einen wahren Staatsmann, welcher dem Ungarischen Namen durch die Macht erfolgreicher Thaten Anerkennung ver-